

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Felix Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adelsstraße 16
Fernsprecher Nr. 8800

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Der soziale Konflikt in England

F. K. Während des Krieges wurde den englischen Arbeitern heilig versprochen, nach Friedensschluß werde ihnen eine Heimstätte geschaffen werden, die für Helben würdig sei. Mit diesem Versprechen sollten die Arbeiter angespornt werden, das höchste für ihr Land zu leisten. Der gewollte Zweck wurde auch erfüllt; im Opfern sind die englischen Proleten hinter niemandem zurückgeblieben. Allein, obwohl der Friede längst geschlossen, England Steger geblieben, die Helben, zum Teil zerschunden und zerfetzt, in die Heimat zurückgekehrt sind, haben sie noch nichts von der heiligmäßigen Heimstätte gesehen. Ja, nicht einmal ihre Sehnsucht nach einer auskömmlichen Verdienstmöglichkeit hat sich erfüllt. Als sie der Trümmer des Werbers folgten, ward ihnen verständigt, wenn erst Deutschland zu Wasser und zu Lande besiegt, dieser gefährlichste Wettbewerber der englischen Industrie ausgeschaltet sei, dann werde jeder Engländer um soundsoviel tausend Pfund reicher sein. Diese Verheißung schien ihnen so unermesslich nicht. Zu ihrem Leidwesen aber fanden sie bei der Heimkehr emporschnellende Preise mit langsam folgenden Löhnen, zunehmende Arbeitslosigkeit und wachsende Anfeindung der Verdienstmöglichkeit. Kurz, Merry Old England war nach dem Kriege in sein Gegenteil umgetrennt. Und diese Verschlechterung des Geschäftsganges, des Außenhandels, des Reallohnes; der Schaffensruhe just nachdem man als Sieger aus dem blutigsten aller Kriege hervorgegangen, die feindliche Kriegs- und Handelsmarine völlig vernichtet und den gefürchteten deutschen Wettbewerber schachtmatt gesetzt hatte!

Das Phänomen war zu verwirrend, als daß man sich gleich hätte erklären können. Zwar hätte den Engländern die Erklärung eigentlich leicht sein müssen, denn ihr Landsmann Norman Angell hatte sie ihnen ja schon Jahre vorher in seinem Buche: Die falsche Rechnung, gegeben. Wieviel Engländer aber hatten das sonderbare Buch gelesen? So kam man nur langsam dahinter, daß der Krieg Englands Verhältnis zur übrigen Welt höchst ungünstig beeinflusst hat: England beherrscht nicht mehr unbestritten das Meer, die Londoner City hat aufgehört, die Land der Welt zu sein, der englische Handel ist von gemächteren Wettbewerbern verdrängt, die englische Ausfuhrindustrie muß den gemächteren und leistungsfähigeren Wettbewerbern von Amerika und dem Festlande Platz machen und der einst nach England fließende Goldstrom ist verteuert dünn und unregelmäßig geworden.

Der Wandel ist zu bedeutsam, als daß er die innerenglischen Zustände unbeeinträchtigt lassen könnte. Er muß sehr tiefgreifende Wirkungen für die sozialen Verhältnisse Englands im Besonderen haben. Er muß die Lebens- und Erwerbsmöglichkeiten der verschiedenen Gesellschaftsklassen nachhaltig beeinflussen. Vor allem kann der vielgestaltige Troß von Müßiggängern, der von Renten und Dividenden lebt, nicht weiter erhalten bleiben — oder die Lebenshaltung der Arbeitermasse muß sich unaufhaltsam senken. Da das englische Außergeschäft weniger geminnbringend geworden und der von außen in tausend Kanälen hereinfließende Goldstrom eingeschrumpft ist, kann eine Rentner- und Kapitalistenklasse von dieser Vielköpfigkeit und Gefährlichkeit nur dadurch genährt werden, daß ihre Nahrung vom proletarischen Tisch genommen wird, mit andern Worten, daß man dem Proletariat einen noch größeren Teil seines Arbeitsertrages vor-enthält.

Dies ist denn auch die letzten Jahre geschehen. Die Folgen sind genugsam bekannt. Der Reallohn sank, die Kaufkraft der Masse ging zurück, eine steigende Zahl von Geschäften sah ihre Aufträge schrumpfen und die Arbeitslosigkeit nahm einen erschreckenden Umfang an. Die Versuche der Gewerkschaften, die daniiederliegende Wirtschaft durch Lohnerhöhung, durch Steigerung der Kaufkraft zu beleben, scheiterten hier an der Arbeitslosigkeit, dort an dem Widerstand der Unternehmer. In dem jahrelangen Mühen und Sorgen um mehr Lohn, mehr Brot, mehr Wohlstand sind die Arbeiter inne geworden, daß der jetzige nationale Arbeitsertrag nicht genügt, die Arbeiterklasse einigermaßen menschenwürdig zu nähren, zu kleiden und zu beschützen und gleichzeitig einer so umfangreichen Kapitalistenklasse ihr gewohntes Einkommen zu gewähren. Zu dieser Erkenntnis fügte sich die andere, daß das bisher bei der Verteilung des Arbeitsertrages obwaltende Verhältnis nur durch die Umwandlung des kapitalistischen Privateigentums in Gemeineigentum geändert werden kann und muß.

Es wurde und wird eifrig getrachtet, die Erkenntnis theoretisch zu vertiefen und ihr die Tat folgen zu lassen. Eine Anzahl von Vorträgen, Zeitungsaufsätzen, Streitschriften und Büchern beschäftigten sich mit dem „Sozialismus für heute“, und die Unabhängige Arbeiterpartei hat ihn vor einigen Wochen zu ihrem obersten Programmpunkt gemacht. Noch vor der theoretischen Schöpfung begann die Tat. Der Streikbewegung der Bergleute im Jahre 1921 lag die Forderung nach Verstaatlichung der Kohlenindustrie zugrunde. Die Bewegung für das hohe Ziel mußte zu einem Lohnkampf der Bergleute gestiegen werden, weil in der entscheidenden Stunde die Bundesgenossen der Bergleute, der Dreiverband versagte. Der „Schwarze Freitag“ ist noch in aller Gedächtnis. Im vorigen Jahre waren die Bergleute aufs neue bereit, einen Waffengang für das hohe Ziel zu wagen. Die Erfolgsaussicht war jetzt größer dank der sichereren Hilfsbereitschaft der andern Gewerkschaften. Die größere Gefahr für das heilige kapitalistische Privateigentum und den Profit der Grubenherren bestimmte die konservative Regierung zu scharfer Abwehr. Sie ließ erklären, daß von ihrer Seite nichts für die Bergleute zu erwarten sei, und ihr Haupt, Baldwin, glaubte der Bewegung einen herben Schlag zu verfehlen, indem er den herbeigerufenen Gewerkschaftsvertretern zum Schluß sagte:

Arbeit und Ferien

Man braucht durchaus kein Feind ernster Tätigkeit zu sein, ja, gerade wenn man recht tüchtig geschafft hat, dann wird man ihn recht verstehen, den großen, schweren Seufzer, der sich so manchem müden, arbeitsbedrückten Menschenherzen entringt: Einmal so ganz ausspannen! Ehre der Arbeit! In unzähligen Melodien klingt dieser Satz durch das Lied der Menschheit; aber nicht nur im Worte tönt er uns entgegen, sondern die eifrig schaffende Menschheit macht ihn täglich, stündlich durch die Tat wahr, und gerade das deutsche Volk darf sich wohl mit als das arbeitswilligste und -freudigste hinstellen. Aber es erklingen freilich auch millionenfach die beweglichen Klagelieder derer, die in der Arbeit auch gar nichts mehr sehen, was ihre Seele freundlich annimmt, die in ihr nur noch die quälende, verbitternde Last erblicken, die abstumpft und erdrückt. Und das sind nicht immer die Menschen, die etwa überhaupt jede Arbeit scheuen, sondern solche, für die das Leben eine Arbeit ohne Ende ist, die durch ein Übermaß an Arbeit, die in bitterer Tragik wohl gar noch ihren Fähigkeiten wie Neigungen widerspricht, erdrückt, geschwächt, in ihrem Lebensmilde abgestumpft sind. Wir verstehen den feinen Sinn des Malwortes keineswegs: Wenn unser Leben köstlich gewesen ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen; aber wir verstehen auch den tiefen Seufzer, den jene Frau in Gustav Freytags Roman ausstößt: In meinem Leben ist immer nur Sonnabend gewesen, nie Sonntag!

Ausspannung! Wie eine Erlösung winkt sie der abgehetzten Seele. Es mag Ausnahmefällen, wie zum Beispiel Forscher, geben, die einer solchen Ruhe nicht bedürfen. Im Drange nach dem großen Ziele verspüren sie keine Müdigkeit, dem schaffenden Künstler raubt die Mühe vielleicht sogar das Glüd seines Schöpfens. Nach solchen Ausnahmen aber darf man den Durchschnittsmenschen nicht bewerten. Dessen Kräfte werden erschaffen, werden schwächer durch den täglichen Verbrauch an Dingen, die seiner Seele oft keine Teilnahme einflößen und ihr keine neue Triebkraft abgewinnen. Das ewige Einerlei des Tages, die gleiche und immer gleiche Beschäftigung schafft seinem inneren Menschen keine neuen Anregungen; sein Körper wird daher schwach, seine Seele stumpf.

Darum haben die Ferien für den abgearbeiteten Menschen

einen doppelten Zweck. Er will sich oft zunächst körperlich erholen, im vollsten buchstäblichen Sinne einmal ausspannen, die Treitmühe des Berufs verlassen. Schlafen, sich von der Sonne beschmeißen lassen, sich in freier, freier Luft bewegen, faulenzeln, das alles gehört zum erfolgreichen Ferienleben. Aber auch die Seele will ihre Erholung. Sie will ein Leben führen, wo sie wie die Pflanze in Licht und Luft wieder aufblüht, wo sie ihre geistigen Fühlfäden wieder austrecken kann, wo sie neue Einbrüche erhält und mehr in einer zweiten, schöneren und höheren Welt leben kann. Das wird vielleicht am erfolgreichsten geschehen im vertrauten, häufigen Umgang mit der Natur oder im Verkehr mit andern als den heimischen, altgewohnten Menschen, mit Menschen, die durch eine andere Kultur des Lebens unsere Seele schon anregen und neue Gedanken in Bewegung setzen. Kehrt dann der Mensch in seinen Arbeitskreis zurück, so ist er doppelt gestärkt, und beginnt auch die Arbeitsstrenge von neuem, so kann er doch manches von dem aufgespeicherten Vorrat in den kommenden mageren Monaten zusehen.

Vielleicht wird man entgegnen, daß es in früheren Zeiten auch ohne Ferien gegangen sei. Gewiß. Aber das Leben ist auch ein anderes geworden. Es ist nicht mehr so geruchsam, so gemächlich wie einst, sondern ist vielfach zu einer Heze ausgeartet. Unsere Kräfte werden rascher verbraucht, unsere Nerven mehr geschwächt, als einst, und daher brauchen der zermürbte Leib und die abgestumpfte Seele auch mehr Erholung.

Oder es heißt vielleicht: Im verarmten Deutschland muß an vermehrte Arbeit gedacht werden. Auch das ist richtig. Ohne schwere Arbeit wirds in der Zukunft ganz sicher nicht gehen. Aber auch dieser Umstand spricht nicht gegen, sondern für die Ferien. Denn der überarbeitete Mensch schafft nicht die höchsten Leistungen, sondern der ausgeruhte, der, der mit einer gewissen Freude an sein Tun geht. Das ist ein Naturgesetz, wogegen nicht anzukämpfen ist.

Wieder laßt der Sommer leuchtend ein. Die Erde schmückt sich aufs prächtigste. Alles für den Herrn den Welt, den Menschen. Möchte es bald jedem vergönnt sein, in sorgloser Ferienstimmung hinauszugehen und Leib und Seele in der Schönheit der Welt zu gütenden!

Ich glaube noch beifügen zu sollen, daß das Kabinett beschlossen hat, im Falle eines Versuchs, wesentliche öffentliche Dienste stillzulegen, alle zu seiner Verfügung stehenden Mittel für den Gang der Dienste und zum Schutze des Publikums anzuwenden.

Die Drohung, den Streikbruch von Amts wegen zu organisieren, hatte früher in der Regel ihre Wirkung nicht verfehlt. Diesmal aber versagte sie. Nach einigen Augenblicken erhob sich Swales, der Wortführer der Gewerkschaften, um dem Ersten Minister zu sagen:

Ich freue mich, daß Sie das gesagt haben, Herr Minister. Denn es gestattet mir, zu erwidern, daß der Generalrat der Gewerkschaften beschlossen hat, alle zu seiner Verfügung stehenden Mittel zur Unterstützung und Verteidigung der Bergleute anzuwenden.

Auf die Ankündigung des amtlich organisierten Streikbruchs antworteten die Gewerkschaften mit dem Beschluß, während des Ausstandes der Bergleute jede Kohlenbeförderung zu Wasser und zu Lande einzustellen. Wo waren die „proletarischen Musterknaben“ hingelommen, auf die sich die englische Bourgeoisie und ihre Nachbeter in andern Ländern so viel zugute taten? Die Kühnheit der Arbeiterschaft ist die Weisheit der Regierenden. Innerhalb 24 Stunden war die konservative Regierung anderer Meinung geworden. Sie gewährte der Kohlenindustrie einen katastrophalen Zusatz, damit sie die alten Löhne weiterzahle. Mit einem Duzend Millionen Pfund erkaufte die Regierung den wirtschaftlichen Frieden.

Die staatliche Unterstützung des Bergbaues war für neun Monate, bis zum 30. April 1926 festgelegt. Bis dahin sollte eine amtlich gebildete Kommission Mittel und Wege zur Behebung der Not der Kohlenindustrie ausfindig machen. Die Kommission hat ihren Bericht erstattet. Sie schlägt unter anderem vor, kleine Zechen zusammenzulegen, die technische Ausrüstung zu verbessern, die Bodenrente durch den Staat abzulösen, den Verkauf gemeinschaftlich zu organisieren, den Gemeinden den Kleinhandel zu gestatten und schließlich und vor allem eine Lohnkürzung bei den besser bezahlten Bergleuten vorzunehmen. Die Kommission läßt die Frage offen, wann und wie ihre an die Unternehmer gestellten Forderungen und Leistungen durchzuführen sind, bestimmt aber spricht sie sich in Sachen der Lohnkürzung aus. Mit dieser sei möglichst bald zu beginnen, um über die Zeit hinwegzukommen, die für die Verwirklichung der andern Vorschläge nötig sei.

Das lassen sich die Grubenherren nicht zweimal sagen. Am Schluß der letzten Aprilwoche haben sie schon die von ihnen für unerlässlich gehaltenen Abzüge auf den Zechen angeschlossen. In ihrer Grobherzigkeit bedenken sie damit nicht, wie die Kommission betont, nur die hochbezahlten Gruppen, sondern alle. Der Abzug mag für die gelehrten Leute durchschnittlich 3/4 Schilling je Schicht betragen. In ihrem Eifer, die Kohlenindustrie auf Kosten der Arbeiter in Gang zu halten, haben die Grubenbesitzer ihre aus dem Kommissionsbericht sprichenden Pflichten ganz vergessen. Man spricht nur noch von der Lohnkürzung. Das haben die Knappen vorangesehen. Sie denken indessen nicht daran, die Lohnkürzung kampflös hinzunehmen. Sie haben die Kündigung eingereicht, sich der tätigen Solidarität des gewerkschaftlichen Vierverbandes und der Bergarbeiter-Internationale verschert. In den Kohlenorten sind Vorbereitungen für jede Möglichkeit getroffen. Am 1. Mai soll der Kampf beginnen. In der Form ein Streik gegen

die Lohnkürzung, der sich aber, wie alle großen Lohnkämpfe, ganz von selbst zu einem sozialen Machtkampf zwischen Kapital und Arbeit auswachsen wird, schon weil in ihn die gesamte Arbeiterschaft verwickelt ist und das ganze Land in Mitleidenschaft zieht.

Nach den letzten Berichten, die heute, zwei Tage vor dem 1. Mai, aus London eintreffen, läßt sich unmöglich sagen, ob es in letzter Stunde nicht doch noch zu einer Umgehung des Ausstandes kommt. Man weiß nur, daß die Regierung gefächert ist, einmal mehr einen Frieden zu gipfen. Das dürfte jedoch ohne weitere Hilfe der Staatskasse schwerlich gelingen. Freilich, selbst wenn der Ausstand verhütet werden sollte, wird der Gewinn gering sein. Denn die Not der englischen Kohlenindustrie ist weder mit staatlicher Beihilfe noch mit Lohnkürzung noch mit den anderen Vorschlägen des Kommissionsberichts zu beheben, weil alle diese Mittel der Größe des Übels nicht entsprechen.

Die Kohlenindustrie arbeitet mit Verlust, an jeder Tonne wird ein bis anderthalb Schilling zugelegt. Hiergegen hilft nur eine gründliche Umwandlung des gesamten Bergbaues, der aber das jetzige Eigentumsverhältnis entgegensteht. Der Rattenchwanz von Grubenbesitzern, Rentenbesitzern und Dividendencluckern, die alle an der Kohlenindustrie saugen, muß beseitigt, die vielen unrentablen Zechen stillgelegt, zahlreiche Scharen von Bergleuten in andere Berufe übergeführt werden. Das aber ist ohne Verstaatlichung nicht zu erreichen. Jedes andere Mittel gleicht mehr oder weniger der weißen Salbe. Das wissen die Bergleute, und mit ihnen die anderen organisierten Arbeiter. Da sie keine Neigung haben, noch länger das Opfer einer unzulänglichen Industrieorganisation und eines überlebten Eigentumszustandes zu sein, so gilt ihr Tun und Trachten der Verstaatlichung. Ohne diese wird es im englischen Bergbau keine Ruhe, keine Blüte, keine Wohlstand der Arbeiter, keine Aussicht des Landes auf Ungefahr geben.

Zweierlei Maß

Die Unternehmerpresse tut zurzeit ihr möglichstes, um gegen die Unterstützung der Erwerbslosen zu gehen. Selbst die paar Bettelpennige, die diese ärmsten Opfer unserer herrlichen Wirtschaftsordnung tragen, sind den Kapitalisten jubelnd. Und außerdem ist es ja eine Errungenschaft der Revolution, daß sie überhaupt etwas erhalten. Schon das wäre für die Reaktionen aller Grade und Schattierungen Grund genug, sich dagegen zu wenden. Was sie wollen, ist nicht weniger, als die Erwerbslosenunterstützung ganz beseitigen oder doch auf ein so geringes Maß herabdrücken, daß sie sich von Null kaum unterscheiden.

Zu diesem edlen Zweck sucht man die Öffentlichkeit aufzuheizen. Die Deutsche Bergwerkszeitung druckt alle paar Tage irgendeine angeblühte Aufschrift ab, die beweisen soll, daß durch die Unterstützung nur die Faulheit gefördert wird. Dabei offenbaren sich jedoch — sicherlich gegen den Willen der Redaktion des Unternehmerblattes — einige Charaktereigenschaften des deutschen Kapitalisten, die es verdienen, weiterhin bekannt zu werden. Schon Mitte Januar — die Heze geht seit Monaten ununterbrochen — regte die D D sich darüber auf, daß die Bremische Bürgererschaft den Erwerbslosen einmalige Weihnachtsgeldchen (!) von 10 und 5 M bewilligt hat. Im Februar war sie außer sich,

Die Sitzung des Erweiterten Beirats

Der Erweiterte Beirat unseres Verbandes tagte am 22. und 23. April im Leipziger Volkshaus. Er nahm Stellung zu den Unterstellungen des Verbandes, zur Wahlordnung für den Bremer Verbandstag, zu Besatzkonferenzen, zu den mit der Krise und den Arbeitslosen zusammenhängenden Fragen und den taktischen Maßnahmen, die der Verband in der nächsten Zeit zu treffen hat.

Aber die Wahlordnung zum Bremer Verbandstag spricht als Berichterstatter Reichel (Stuttgart), der zunächst einen kurzen Rückblick über die Tätigkeit des Verbandes seit dem letzten Verbandstag gibt und betont, daß der Verband mit Stolz und Genugtuung die Hochhaltung der Löhne und die umfassenden sozialen Unterstützungen für seine Mitglieder als Erfolg buchen könne.

Wir stehen, sagt Reichel weiter, vor einer Neugestaltung der Wirtschaft, und unsere Verbandspolitik muß darauf gerichtet sein, weitgehend an dieser Neugestaltung mitzuwirken. In diesem Sinne müssen auch die Vorbereitungen für die Wahlen getroffen werden. Für die Wahlordnung ist die umstrittene Frage, ob der Verband an den Mehr- und Minderheitslisten festhalten soll, die infolge der politischen Strömungen unter den Mitgliedern im Jahre 1921 eingeführt wurden. Der Vorstand ist nicht der Ansicht, dieses System für alle Zeiten aufrechtzuerhalten, erwünscht wäre, möglichst bald für alle Wahlen zum System der Persönlichkeitswahl überzugehen zu können. Für die jetzige Wahl scheint dieser Zeitpunkt noch nicht gekommen, wir werden trotz gewisser Mängel das Listen-system beibehalten müssen. Angesichts der ohne Zweifel eingetretenen inneren Gesundung hofft der Redner, daß schon diesmal der Wahlkampf auf einer höheren Ebene stehen werde und daß Personen zur Wahl gestellt werden, die nicht nach Parteiparolen schießen und Schlagwortpolitik betreiben, sondern die in erster Linie an das Wohl und Wehe des Verbandes und seiner Mitglieder denken.

Um das Wahlgeschäft in den zusammengefügten Wahlabteilungen zu vereinfachen, bringt der Vorstand in Vorschlag, an Stelle der 10 vS, die zur Aufstellung eines Kandidaten berechtigt sind, 25 vS zu setzen. Im übrigen sind in der Wahlordnung die Erfahrungen und Einrichtungen berücksichtigt, die sich bei der letzten Wahl bewährt haben. Der Abschnitt in der Wahlordnung über die unzulässige Wahlagitatorik entspricht den Beschlüssen des Kasseler Verbandstages, an die wir gebunden sind. Die neue Fassung wird die üblichen Erscheinungen der Wahlagitatorik treffen, völlig werden Ungehörigkeiten nie beseitigt werden können. Der Redner hofft, daß durch Aufklärung und Zusammenarbeit ein Verbandstag gewählt wird, der zum Wohle der Mitgliedschaft und der deutschen Wirtschaft arbeitet.

Die Aussprache

Kaufer (Magdeburg) will unter gewissen Voraussetzungen den Vorschlägen des Vorstandes zustimmen. Schulenburg (Saarlouis) hebt hervor, daß die sogenannten Schlagwortparolen keinen erheblichen Eindruck mehr auf die Mitglieder ausüben und daß wir die Anerkennung von Parteirichtungen so schnell wie möglich aus dem Verbandesleben ausschalten müssen. Oettinghaus (Göteborg) ist der Ansicht, daß an der häßlichen Form und den Auswüchsen der Wahlagitatorik nichts geändert werden kann, solange die Anhänger der RWPD ihre Parteifäden über die des Verbandes stellen. Haas (Esnabrück) verweist auf die Unzulänglichkeiten des jetzigen Systems. Wähle (Zena) verpflichtet den Ausschuss von Oettinghaus bei und verlangt eine Änderung in dem Abschnitt über die Aufstellung der Kandidaten, damit nicht verschiedene Auslegungen möglich sind.

Holz (Berlin) begrüßt die Äußerung Reichels, daß wir wieder Persönlichkeiten als Vertreter zum Verbandstag bringen müßten. Der Zeitpunkt für die Abschaffung des Listen-systems sei noch nicht gekommen. Böttcher (Miel) glaubt, daß den Anhängern der RWPD begründet gemacht werden kann, daß nur durch enge Zusammenarbeit der Verband gefördert wird. Ulrich (Berlin) fürchtet, daß bei den Wahlen zum Verbandstag die Leidenschaften erneut aufeinanderprallen und daß die Erbitterung neu geschürt werden. Wir müssen alles tun, um dies zu vermeiden. Die Frage des Fortbestehens des Listen-systems muß auch von der Statutenkommission behandelt werden. Müller (Frankfurt a. M.) hält jede Aussprache über das Listen-system für zwecklos, solange im Verband mit Fraktionen gearbeitet wird. Eine Vereinfachung des Systems sei heute verfrüht. Ziska (Berlin) wünscht einen deutlicheren Wortlaut für einige Abschnitte der Wahlordnung, damit nicht verschiedene Auslegungen möglich sind. Die Grundlagen, die zum Listen-system geführt haben, sind nicht mehr vorhanden. Eine Unterdrückung eines Teils der Mitglieder kann nicht mehr erfolgen. Deshalb sollte die Aufstellung der Kandidaten in gleicher Weise wie in der Wahlordnung stattfinden.

Kumler (Stuttgart): Verschiedene Redner verwechseln die Ursache mit der Wirkung. Alle Redner weisen auf die geistige Gesundheit hin. Sie ist aber in hohem Grade darauf zurückzuführen, daß die Minderheit bei den Verbandstagswahlen eine Ausdrucksmöglichkeit hatte. Das System der zwei Listen war ein Sicherheitsventil und seine Vorteile sprechen für die Beibehaltung. Dadurch, daß zwei Kandidatenlisten vorhanden sind, müssen beide Seiten um ihre Ansichten werden und möglichst viel Wähler an die Urne bringen. Die Folge ist eine größere Anteilnahme, eine Belebung unserer Tätigkeit. Die Beibehaltung mag vielleicht hier und da etwas zu stürmisch geworden sein. Inwiefern ist mir ein stürmisches Maß noch lieber als ein toter Gaul. Hätte schon vor dem Kriege die Opposition eine leichtere Ausdrucksmöglichkeit für ihr Streben und Denken gehabt, es wäre unserm Verbande sicherlich manche unliebsame Erfahrung erspart geblieben.

Ziska (Berlin) widerspricht einigen dieser Ausführungen. Die Mitwirkungsmöglichkeit der Opposition ist auch ohne Listenwahl vorhanden.

Die Mehrzahl der Redner wünscht, daß die ausgewerkelten Mitglieder bei der Berechnung der Mitgliederzahl, auf die ein Delegierter entfällt, berücksichtigt werden. Dazu weist Dikmann (Stuttgart) darauf hin, daß die Wahlen auf Grund der Mitgliederlisten des Jahres 1925 erfolgen, die Einrechnung der Ausgewerkelten erst für die Verbandstagswahlen 1928 in Betracht kommen kann.

Reichel (Stuttgart) betont in seinem Schlußwort, daß der Vorstand der Frage der Ausgewerkelten größte Aufmerksamkeit schenkt. Verwaltungstechnisch geschieht bereits das Notwendige, um die Ausgewerkelten an den Verband zu fesseln. Die Berechnung der Delegiertenzahl zum Verbandstag ist richtig und sachlich erfolgt. Die Wünsche einzelner Kollegen auf Änderung der Bestimmungen für einzelne zusammengefügte Wahlabteilungen können nicht berücksichtigt werden, wir haben einheitliches Recht und können keine Ausnahmestimmungen schaffen. Gemäßigt muß überall werden. Soweit von zwei Gruppen oder Richtungen Vorschläge vorliegen, muß der Charakter einer gebundenen Liste beibehalten werden. Liegt nur ein Wahlvorschlag vor, dann muß Personenwahl stattfinden. Unser Ziel muß sein und bleiben, Vertreter auf den Verbandstag wählen zu lassen, die sachliche und praktische Vorbereitungen leisten.

Die nun folgenden Abstimmungen ergeben folgendes:

1. Die Mehrheits- und Minderheitslisten werden beibehalten (angenommen mit 33 gegen 21 Stimmen).
2. Die Minderheit hat das Recht, eine Kandidatenliste vorzuschlagen, wenn sie mindestens 10 vS der in der Verammlung anwesenden Mitglieder vertritt (angenommen gegen 12 Stimmen).
3. Wahltermin der 20. Juni (ohne Abstimmung angenommen).
4. Bestimmungen über unzulässige Wahlagitatorik (ohne Abstimmung angenommen).

Schließlich wird die ganze Wahlordnung angenommen, womit Punkt I der Tagesordnung erledigt ist. Über den zweiten Punkt der Tagesordnung:

Stellungnahme zu den Unterstützungen des Verbandes

Reichel als Vertreter des Vorstandes Schäfer (Stuttgart). Der Vorstand hat, so führt Kollege Schäfer aus, Ende März bekanntgegeben, daß im Hinblick auf die schwere Wirtschaftskrise und deren voraussichtlich lange Dauer die auf Ende März vorgesehene Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung des Verbandes nicht eintreten kann.

Diese Maßnahme wurde überall verstanden und gebilligt, denn auch das ungeschulteste Mitglied kann sozial rechnen, um zu wissen, daß die Mittel des Verbandes nicht unerschöpflich sind. Auf dem Verbandstag in Kassel im Februar 1924 mußte der Vorstand berichten, daß die unersättliche Inflation den größten Teil des Verbandsvorrates aufgezehrt hatte. Einstimmig herrschte damals die Auffassung, daß die Festlegung eines Datums für die Einführung der neu beschlossenen Unterstützungsätze nicht möglich sei. Ebenso einmütig war der Verbandstag der Ansicht, daß die Hauptkasse nur nach fester Stabilisierung an die Auszahlung von Unterstützungen heranzutreten kann. Vorstand und Ausschuss haben, sobald es die Verhältnisse irgendwie gestatteten, zunächst die in Kassel beschlossene Streikunterstützung eingeführt und bald (ab 6. Oktober 1924) die Einführung einer — wenn auch bescheidenen — Erwerbslosenunterstützung beschlossen, die ab 1. Dezember 1924 auf die in Kassel beschlossene Höhe erhöht wurde.

Als noch die ersten Vorboten der jetzigen Wirtschaftskrise zeigten und die Stärkung der Finanzen nicht in der erhofften befriedigenden Weise vor sich ging, wurde von Vorstand und Ausschuss und mit Zustimmung des Erweiterten Beirats der Verbandsertrag erhöht. Diese Erhöhung hat den Verband instand gesetzt, die Unterstützungen glatt weiterzugeben. Der Vorstand hat auch wiederholt geprüft, ob die für Ende März 1926 vorgesehene Erhöhung der Unterstützungen durchzuführen sei, ohne die Kampfkraft des Verbandes zu schwächen. Dabei war u. a. zu beachten, ob zum Frühjahr ein lebhaftes Einsetzen der Bautätigkeit, Beschäftigung in der Landwirtschaft, Regierungsmaßnahmen usw. eine Milderung der Krise herbeiführen würden. Doch die Arbeitslosigkeit blieb seit Januar d. J. auf gleicher Höhe, wir haben seitdem mit 22 vS erwerbslosen Mitgliedern zu rechnen. Dazu kommt ein großer Teil kurzarbeitender Mitglieder, von denen eine erhebliche Anzahl ebenfalls Unterstützung bedingt.

Der Verband hat im Jahre 1925 rund 70 vS seiner Hauptkasseneinnahmen und in den ersten vier Monaten 1926 bereits 12 Millionen Mark zur Unterstützung usw. verausgabt. Es ist nicht zu empfehlen, jetzt eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung vorzunehmen. Die am 1. April d. J. eingetretene Erhöhung der Unterstützung für Streikende und Gemagregelte hielt Vorstand und Ausschuss jedoch für zwingend geboten. Auf die Leistungen unserer Organisation können wir stolz sein, der Verband hat sein Möglichstes getan, um die Folgen der Krise für seine Mitglieder zu mildern. Das wird auch weiter geschehen.

Die Aussprache zu diesem Punkt ist kurz. Der Beirat billigt die Maßnahmen des Vorstandes und bekennt sich einmütig zu folgender

Entscheidung

Der Erweiterte Beirat begrüßt, daß die am 1. Januar 1926 eingetretene Beitragserhöhung in allen Verbandsteilen und ohne Mitgliederverluste trotz schwerer Wirtschaftskrise durchgeführt werden konnte. Diese Tatsache bekräftigt die Solidität der Gesamtmittelbarkeit und steigert die Leistungsfähigkeit des Verbandes. Konnte der VWB bisher jedem Mitgliede die Auszahlung der ihm zustehenden Unterstützungen gewährleisten, so muß diese Sicherung auch für die Zukunft gegeben sein. Der Erweiterte Beirat stimmt der von Vorstand und Ausschuss zum 1. April 1926 vorgenommenen Erhöhung der Unterstützungen für Streikende und Gemagregelte der Verbandsmitglieder zu. Angesichts der anhaltenden Krise, deren Dauer noch nicht abgesehen werden kann, ist zurzeit von einer Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung abzusehen. Der Erweiterte Beirat geht einig mit dem Vorstand und dem Ausschuss, die Kampfkraft und finanzielle Leistungsfähigkeit der Organisation auch weiter zu erhalten. Er erwartet dabei, das Verständnis und die Unterstützung aller Verbandsmitglieder zu finden.

Aber die von Seiten des Vorstandes dem Verbandstag in Bremen vorzulegenden Anträge spricht Brandes (Stuttgart). Er führt aus: Der wichtigste Antrag betrifft die

Sitzverlegung des Verbandes nach Berlin.

Bei der Gründung des Verbandes im Jahre 1891 herrschten auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts in den meisten Staaten Deutschlands elende Verhältnisse. Ganz besonders in Preußen. Die meisten Gewerkschaften legten deshalb ihren Sitz in solche Länder, welche bereits eine demokratischere Verfassung und Verwaltung hatten. Zu diesen zählte Württemberg. Unser Verband wählte mit anderen Verbänden Stuttgart zum Sitz. Nach Annahme des Reichsvereinsgesetzes im Jahre 1908 siedelten fast alle Verbände nach Berlin über. Auch im VWB wurde die Sitzverlegung schon vor dem Kriege verlangt, zunächst jedoch noch Abstand davon genommen. Nach dem Kriege ist sie zwingend geworden.

In Berlin laufen alle Fäden der Politik und Wirtschaft zusammen. Von den Gewerkschaften wird mit vollem Rechte erwartet, daß sie ihren Einfluß auf die Reichsbehörden geltend machen. Nicht nur mit dem Reichsarbeitsministerium, auch mit dem Reichswirtschafts-, Reichsfinanz-, Reichswehrministerium, ebenso mit dem preussischen Handels- und Wohlfahrtsministerium sind Verhandlungen und Verhandlungen zum Zwecke der Wahrnehmung der Rechte unserer Mitglieder dringend erforderlich. In Berlin finden zumeist die zentralen Verhandlungen für die Tarifabschlüsse und für sonstige Aufgaben auf dem Gebiet unserer Gewerkschaftsarbeit statt. Für eine zwei- bis dreistündige Verhandlung muß das teilnehmende Vorstandsmitglied dann 2 und 3 Tage von Stuttgart abwesend sein. Jede Bahnfahrt von Stuttgart nach Berlin oder umgekehrt erfordert 13 Stunden.

Wir brauchen auch einen besseren Verkehr mit den übrigen Gewerkschaften, insbesondere mit den Spitzenorganisationen. Die Erledigung vieler Verbandssachen kann nicht so prompt erfolgen, weil Vorstand und Hauptverwaltung nicht im Zentrum Deutschlands sind und deshalb für Benachteiligung und Verhinderung weit mehr Zeit beansprucht wird.

Der Vorstand hat deshalb bereits im vorigen Jahre ernsthaft geprüft, ob die Sitzverlegung beim Verbandstag in Bremen beantragt werden soll. Er hat die Frage bejaht, dann den Ausschuss unterrichtet, auch gewisse Vorvereinungen für den Fall getroffen, daß der Verbandstag die Sitzverlegung beschließt. Für die mit der Sitzverlegung verbundenen Kosten ist zu beachten, daß der Neubau eines Geschäftshauses nicht erforderlich ist. Der Verband besitzt bereits eigene und für unsere Zwecke geeignete Geschäftshäuser in Berlin. Obwohl die Kosten dadurch wesentlich vermindert werden, zwingen die derzeitigen finanziellen Verhältnisse dennoch zur Vorsicht. Der Vorstand wird deshalb den zu fassenden Beschluß des Verbandstages erst dann ausführen, wenn durch den Umzug andere ebenso wichtige Aufgaben des Verbandes nicht Schaden leiden.

Der Vorstand beantragt ferner eine Änderung des § 35 Ziffer 3 über die Wahl von Delegierten zu den Verbandstagen und eine mehr redaktionelle Änderung einiger anderer Paragraphen des Statuts. Der VWB hat eine Kommission eingesetzt mit der Aufgabe, Vorschläge für eine Angleichung des Beitrags- und Unterstützungswezens der Gewerkschaften auszuarbeiten. Der Vorstand hat deshalb zunächst von Anträgen abgesehen, die eine Änderung des Aufbaues unseres Beitrags- und Unterstützungswezens bezwecken, behält sich aber vor, der Statutenberatungskommission noch Vorschläge zu unterbreiten.

In der Aussprache zu diesem Punkt betont Haupt (Kassel), daß sachlich gegen die Sitzverlegung nichts einzuwenden sei. Die Gründe des Vorstandes müßten anerkannt werden. Bevor aber an eine Sitzverlegung gedacht werden könne, müsse die Hauptkasse genügend Reserven haben und müsse die Erhöhung der Unterstützungen, die zurzeit nicht vorgenommen werden konnte, durchgeführt sein. Der Redner wünscht, daß der Vorstand eine Staffelleihe der Streikunterstützung in Vorschlag bringe. Eine solche Staffelleihe sei eine dringende Notwendigkeit. Die Unterstützung der Beschäftigten genüge nicht und müsse der Vorstand auch zu dieser Frage Stellung nehmen. — Böttcher (Miel) unterstützt diese Anregung. Den Beschlüssen muß die Möglichkeit gegeben werden, daß sie ihre 10 Pf.-Beiträge angerechnet bekommen.

Redner verlangt ferner eine Besprechung der verantwortlichen Jugendleiter vor dem Verbandstag, damit diese Sachverständigenanträge an den Verbandstag formulieren können.

In seinem Schlußwort betont der Kollege Brandes (Stuttgart) nochmals die Notwendigkeit der Sitzverlegung, die selbstredend nur nach gewissenhafter Prüfung aller Umstände erfolgen werde. Die Kosten des Umzuges würden vielfach überschätzt. Durch den Verlaß von Grundstücken in Stuttgart könnten die Kosten wesentlich herabgemindert werden. — Den Beschlüssen sei stets empfohlen worden, möglichst bald in eine höhere Beitragsklasse überzugehen, damit sie schneller in den Genuß von Unterstützungen kommen. Die Leistungen in der 10 Pf.-Beitragsklasse können nicht erweitert werden. Der Vorstand wird indessen auch diese Frage eingehend behandeln, besonders um vorhandene Härten auszumergen. — Eine Besprechung des Jugendleiters sei längst in Aussicht genommen. Zur Besprechung und Klärung aller vom Vorstand gestellten Anträge sei im übrigen in der Statutenkommission und auf dem Verbandstag reichlich Gelegenheit.

Es folgt nun die Wahl der Beiratsmitglieder, die als Vertreter des Beirats in der Statutenkommission mitwirken und am Verbandstag teilnehmen. Gewählt wurden aus dem Kreis der Bezirksleiter Ziska (Berlin)* und Bremer (Erfurt)*, aus dem Kreis der in den Bezirken gewählten Beiratsmitglieder Haas (Dresden), Oettinghaus (Göteborg), Sankle (Dresden), Arnold (Dresden), Oettinghaus (Göteborg), Kaufer (Magdeburg), Weh (Köln). (Die mit * Bezeichneten gehören zur Statutenkommission.)

Aber Besatzkonferenzen berichtet Tost (Stuttgart). Es liegen Anträge auf Abhaltung von Besatzkonferenzen vor für die Klempner und Installateure sowie für die Elektromonteur. Die Konferenz für die Klempner wird mit der Lohnpolitik im Baugewerbe begründet, unsere Berufscollegen fürchten, in ein Abhängigkeitsverhältnis zu kommen. Die Elektromonteurkonferenz wird mit den niedrigen Löhnen der Berufscollegen begründet. Der Vorstand kann den Anträgen zurzeit nicht entsprechen, er hält die angegebenen Gründe nicht für ausschlaggebend zur Einberufung von Konferenzen, die mit erheblichen Kosten verknüpft sein würden. In der Wirtschaftsschule des Verbandes sollen bei jedem Kurs auch engere Berufsfragen besprochen werden, und der Vorstand glaubt, künftig auf diesem Wege etwas Brauchbares zu schaffen.

Haupt (Kassel) will wissen, warum die in Aussicht genommene Konferenz für die Lokomotiv- und Waggonfabriken nicht einberufen wurde. — Böttcher (Miel) wünscht die Stellung des Vorstandes zu zentralen Autokommunikationsgruppen und spricht für solche Abkommen in allen Berufsgruppen. — Dikmann (Stuttgart) antwortet, diese Frage betreffe die Tarifpolitik des Verbandes, über die eingehender geredet werden müsse, als es heute geschehen könne. Auf eine Frage wegen einem Kurs für die in den chemischen Betrieben tätigen Metallarbeiter bemerkt der Redner, daß ein solcher Kurs in unserer Wirtschaftsschule beabsichtigt sei und daß auch die in anderen Industrien beschäftigten Metallarbeiter zu besondern Kursen herangezogen werden sollen. — Tost (Stuttgart) bemerkt zu der Anfrage von Haupt, daß eine Reihe von in Aussicht genommenen Konferenzen mit Rücksicht auf die Krise zurückgestellt wurden. — Zum letzten Punkt der Tagesordnung:

Krise, Arbeitslosenproblem und Verbandsaufgaben

Spricht Kollege Dikmann: Die Krise bricht sowohl der Wirtschaft und Politik Deutschlands wie Europas ihren Stempel auf und beeinflusst die Arbeiten, Kämpfe und Aufgaben der Gewerkschaften sehr. Es wird die Frage gestellt: Was hat der Verband getan, um das Los der Arbeiter zu erleichtern und für sie die Folgen der Krise zu mildern? Das Nächstliegende sind die Unterstützungsleistungen. Die Verbandsunterstützung an Erwerbslose hat zwar nicht mehr die ausschlaggebende Bedeutung wie vor dem Kriege, weil wir jetzt auch eine staatliche Erwerbslosenunterstützung haben. Doch ist die Verbandsunterstützung keineswegs untergeordnet, sie bleibt für die Organisation ein bedeutender Faktor und die Ausführungen des Kollegen Schäfer über die Höhe der an unsere Mitglieder ausbezahlten Unterstützungen zeigen die großen Leistungen des Verbandes auf dem Gebiet der Selbsthilfe. Wir haben aber auch alle Kräfte eingesetzt, um eine Erhöhung der staatlichen Erwerbslosenunterstützung zu ermöglichen. Im letzten Halbjahr wurde eine Aufbesserung von 30 vS für die Hauptunterstützungsempfänger erreicht. Unseren unausgesprochenen Bemühungen ist es zu verdanken, daß die Unterstützungsdauer von 26 auf 39 Wochen verlängert wurde. Die Karenzzeit wurde von einer Woche allgemein auf drei Tage verringert. Die Kurzarbeiterunterstützung (ab 1. März) ist unzufriedenbringend. Doch auch das Wenige konnte nur durch langen Kampf erreicht werden. Wir werden weiter ringen müssen, um eine nochmalige Verlängerung der Unterstützungsdauer zu erreichen. Bei den jetzigen 39 Wochen kann es nicht bleiben, denn die Wirtschaftskrise wird noch lange dauern. Der Redner verweist in längeren Ausführungen auf den Entwurf einer Arbeitslosenversicherung, der im Sonderheft Nr. 34 zum Reichsarbeitsrat veröffentlicht wurde. Gegen einen Teil der in diesem Entwurf vorgesehenen Bestimmungen müssen wir ankämpfen. Ebenso sind feste Garantien zu schaffen, daß bei schwerer, langandauernder Krise nicht die Versicherten allein alle Mittel zur Unterstüfung der Erwerbslosen aufzubringen haben. Reich und Staat müssen da mithelfen. Gegenwärtig ist darauf zu achten, daß eine Versicherung nicht für viele Arbeitslose eine Neuzugung der jetzigen Unterstützungsätze staatlicher Erwerbslosenfürsorge bringt. Doch bei den materiellen Unterstüfungen dürfen wir nicht stehen bleiben. Kostföndararbeiten und Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung und Belebung der Wirtschaft sind von einheitlichen und großzügigen Gesichtspunkten aus durchzuführen. Straßenbauten, Kulturierungsarbeiten, Kanalisationsarbeiten, Wohnungsbauten u. a. m. können in Angriff genommen werden, aber der hemmende Amtschimmel muß verschwinden. Es herrscht ein entsetzlicher Zustand. Eine Behörde schiebt die Initiative, Verantwortung usw. auf die andere, die Arbeiter werden verzögert und die Arbeitslosen wie die Wirtschaft leiden darunter.

Schäfer beschäftigt hat den Vorstand die Frage der Beschaffung von Staatsaufträgen, die Förderung des Exportes und so auch die Erlangung besonders russischer Aufträge in Höhe von 300 Millionen Mark. Begreifere stehen vor dem Wöschluch und werden in der Hauptsache der Eisen- und Maschinenindustrie zugute kommen.

Diverse Industriezweige liegen fast völlig darnieder. Die Lokomotiv- und Waggonindustrie zum Beispiel kann sich keinen großen Hoffnungen auf Reichsaufträge hingeben, die Werften sind nur zu einem knappen Drittel mit Schiffneubauten beschäftigt und ein großer Teil der Werftarbeiter wird auf lange Zeit arbeitslos sein. Wir dürfen uns auch über die Exportmöglichkeiten nicht täuschen, der Weltmarkt ist weniger aufnahmefähig als vor dem Kriege, Europa verarmt, in Asien, Amerika und anderen Weltteilen erwächst der europäischen Industrie starke Konkurrenz. Einfluß beschließt den Vorstand

die Sicherung der Arbeits- und Lohnbedingungen.

Der Ansturm der Unternehmer richtet sich gegen die Lohnhöhe, Arbeitsregelung, Ferien und Arbeitszeit. Die „Fesseln“ der Tarife sollen gelockert werden. Der Redner beipricht die Vorgänge in einzelnen Tarifgebieten, vor allem in Sächsen, wo der Beschäftigte ein ganz besonderes, die Arbeiterinteressen schädigendes Verhalten an den Tag legt.

In der Frage einer gesetzlichen Neuregelung der Arbeitszeit verweist der Redner auf die in der Betriebsräte-Zeitschrift (Nr. 6, 7 und 8) erschienener Artikel von Tony Sender und empfiehlt deren eingehendes Studium. Jeder könne daraus erfahren, wofür die Regierung stehe.

Das Problem der Umstellung in den Betrieben wird vom Vorstand mit der größten Sorgfalt beobachtet. Gegen wirklich technische Fortschritte ist nichts einzuwenden, doch vor dem Schlagwort „Nationalisierung“ müssen wir uns hüten. Damit allein bringt man die deutsche Wirtschaft nicht zur Gesundung, am allerwenigsten, wenn sich diese „Nationalisierung“ lediglich auf Kosten der Arbeiter vollzieht. Die Agitation für die Gewinnung neuer Mitglieder darf nicht erlahmen. Sind leider große Massen arbeitslos, so stehen doch auch

Hunderttausende in Arbeit, die dem Verbanne noch fernstehen. Die Kleinarbeit der Volkswirtschaft muß wieder einfließen. Alle Kräfte müssen in den Dienst der Bewegung gestellt werden.

In der Aussprache wird den Ausführungen des Kollegen Dismann zugestimmt. Dismann (Berlin) spricht über die Auswirkungen und die Finanzprognose der Kurzarbeiterunterstützung in Berlin und wünscht die Wahrnehmung in anderen Orten kennenzulernen.

Dismann (Stuttgart): Ohne sich prinzipiell für die Zukunft festzulegen, mußte der Vorstand jedoch auch in diesem Jahr von einer Beschädigung der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. Abstand nehmen, allein schon wegen der Kosten.

Die Verhandlungspunkte sind damit erledigt. Die Sitzung wird von Reichel (Stuttgart) mit einigen anfeuernden Worten über die weitere Tätigkeit zum Wohle des Verbandes geschlossen.

Ist die Entscheidung richtig?

Für die Beurteilung der Frage, wann die normale oder regelmäßige Arbeitszeit beendet ist und die Über- resp. die Nachstunden beginnen, ist folgender Streitfall bemerkenswert.

Dieser Vorfall der Arbeitszeitbestimmungen des Tarifvertrages gab der Firma Veranlassung, anzuordnen, daß der Aufschlag von Überstundenprozenten nicht mehr gezahlt wird für alle nach Beendigung der normalen Arbeitszeit - in diesem Falle nach 7 1/2 Uhr nachmittags - geleisteten Arbeitsstunden, sondern nur, wenn acht Arbeitsstunden geleistet sind.

So ganz können die Unternehmerseite nun doch nicht durchdringen zu sein von der Wichtigkeit ihrer Ansetzungen, weshalb noch immer ein Gegensatz zwischen "normal" und "regelmäßig" aufgebracht wurde.

Der vorstehende Richter hat sich in jeder Beziehung den Ausführungen der Arbeitgeberseite angeschlossen und damit den durch Festlegung von Beginn und Ende geschaffenen Begriff von der regelmäßigen Arbeitszeit wieder aufgehoben.

Die Auffassung des Tarifgerichts von der Bedeutung kann nicht richtig sein. Wenn sie falsch darstellt, daß die Arbeitszeitbestimmungen im Tarifvertrag die Festlegung von Beginn und Ende der Arbeitszeit in der Arbeitsordnung dieselbe Bedeutung wie die Festlegung im Tarifvertrag haben, ist es im Tarifvertrag.

In dem besprochenen Fall des Bergedorfer Eisenwerkes bestimmt die Arbeitsordnung außerdem ganz ausdrücklich, daß mit der Arbeitsordnung im Widerspruch stehende Tarifvereinbarungen den Vorrang haben.

Alles in allem muß die Entscheidung als falsch bezeichnet werden. Weiter gibt sie aber auch die Lehre, den Begriff "regelmäßige Arbeitszeit" einseitig festzusetzen und daß im Tarifvertrag für die gleichen Begriffe immer die gleichen Ausdrücke genommen werden sollten.

Wilh. Petersen.

In die Vorstandsmittglieder der Betriebskrankenkassen

Die diesjährige Tagung der Betriebskrankenkassen findet aus Anlaß der "Gesolei" (Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Lebensübungen) am 1. und 2. Juni in Düsseldorf statt.

Schon seit Jahren kämpfen die Versicherten um die Gleichberechtigung und die sich daraus ergebende Mitwirkung in den Stellen des Hauptverbandes deutscher Betriebskrankenkassen und seiner Unterverbände.

Von manchen Geschäftsführern und Unternehmern werden den Vorstandsmittgliedern Schwierigkeiten bereitet beim Besuch derartiger Tagungen. Dergleichen ist jedoch nur dadurch möglich, daß die Kollegen vielfach nicht über ihre Rechte im Klaren sind.

1. Zu den Bestimmungen von Kassenvereinigungen, die sich über den Bezirk einer Landesversicherungsanstalt hinaus erstrecken, dürfen Kassen mit mehr als 100 000 Mitgliedern 5, mit mehr als 50 000 bis 100 000 Mitgliedern 4, mit mehr als 25 000 bis 50 000 Mitgliedern 3, mit 25 000 oder weniger Mitgliedern 2 Vertreter entsenden.

2. Zu den Bestimmungen von Kassenvereinigungen, die sich über den Bezirk einer Landesversicherungsanstalt hinaus erstrecken, dürfen Kassen mit mehr als 100 000 Mitgliedern 6, mit mehr als 50 000 bis 100 000 Mitgliedern 5, mit mehr als 25 000 bis 50 000 Mitgliedern 4, mit mehr als 5000 bis 25 000 Mitgliedern 3 und mit 5000 oder weniger Mitgliedern 2 Vertreter entsenden.

3. Daneben ist die Entsendung des Geschäftsführers oder eines anderen Beamten oder Angestellten der Kasse gestattet.

Betriebsratswahlen und DMB

Aus Essen wird uns geschrieben: Der Christliche Metallarbeiterverband verbreitete kürzlich in mehreren Orten des rheinisch-westfälischen Industriebezirks ein Flugblatt, worin er den Nachweis zu führen sucht, daß sich in diesem Bezirk seine Mitgliedschaft im Verhältnis zu der des DMB günstig verhalten habe.

Table with 10 columns: Ort, DMB, DMB, DMB, DMB, DMB, DMB, DMB, DMB, DMB. Rows include Dortmund, Gelsenkirchen, Essen, etc.

Die Ausstellung ergibt, daß auf die freien Gewerkschaften (DMB, A. G. und die anderen) 65 % der Betriebsräte entfallen, während auf die christliche Organisation, selbst wenn man ihr noch die in der Reihe "gewerkschaftliche Verbände" angeführten Hunderttausende zugibt, nur 17,5 % kommen.

Ein achtzigjähriger Kämpfer

Wilhelm Bod, der Schriftleiter des Verbandsblattes der Eisenarbeiter, konnte am 21. April seinen 80. Geburtstag feiern. Bod gibt als der älteste Parlamentarier Deutschlands. Sechs volle Jahrzehnte seines Lebens gehören der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung.

Gleich groß ist aber Bod als Politiker. Noch heute gehört der als Mitglied dem deutschen Reichstag an. In der Sozialdemokratie ist er eine markante Persönlichkeit. Schon 1888 trat er dem Kasseler Arbeiterverein bei. Er arbeitete an der Vereinigung der damals streikenden Arbeitergruppen: der Kasseler und der Eisenarbeiter.

Verbandsjubilare in Berlin

Von unserer Berliner Ortsverwaltung wird uns geschrieben: Wir wollen auch an dieser Stelle eines Teiles unserer treuesten Mitglieder gedenken. Es sind das alle die Kolleginnen und Kollegen, die im DMB 25 Jahre und länger Mitglied sind.

Die Zahl der Jubilare und ihre Mitgliedschaftsdauer setzen sich wie folgt zusammen: Über 45 Jahre Mitglied der Organisation 1 Kollege, über 40 Jahre Mitglied 1 Kollege, über 35 Jahre Mitglied 30 Kollegen, über 30 Jahre Mitglied 369 Kolleginnen und Kollegen, über 25 Jahre Mitglied der Organisation 1458 Kolleginnen und Kollegen.

Wir nehmen gern Veranlassung, unseren Jubilaren auch an dieser Stelle herzlichsten Dank auszusprechen für die Treue, die sie ihrer Organisation dargebracht, und für die große Arbeit, die sie als Pioniere der Arbeiterbewegung in Freud und Leid der Organisation geleistet haben.

Richtigstellung. In Nr. 16 der MZ wurde über den Lohnkampf in Aue und Schwarzenberg berichtet. Darin heißt es, der Metallindustriellen-Verband habe auch den Schiedsspruch in der Ferienfrage abgelehnt.

Schriftenschau

"Die Arbeit" Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Theodor Lejart. 3. Jahrgang, Heft 4, 1926. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Kreis 1 A.

Das Land der Sehnsucht. Von Raoul Francé. Ein wunderbares Buch, das der "Widertreue" da seinen Lesern in die Hand gibt! Der große Naturforscher irrt sich nicht, wenn er in dem in der Monatschrift des "Widertreue" gegebenen Einführungsartikel "Mein Buch vom Süden und ich" schreibt: "Ich freue mich unendlich auf die vielen tausend Leser, in deren Herzen ich ein wenig von der atemlosen Freude und inneren Seligkeit gießen kann, die ich empfand auf meinen Wanderfahrten in fernem Ländern und Meeren."

Die Bearbeitung der Metalle in Maschinenfabriken. Von Walter Dipl.-Ing. Ernst Preger. 2. Band: Das Schmelzen und seine verwandten Arbeiten. Bibliothek der gesamten Technik, Band 340. Leipzig 1926. Dr. Max Jandek, Verlagsbuchhandlung, 270 M.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag dem 9. Mai ist der 20. Wochenbeitrag für die Zeit vom 9. bis 15. Mai 1926 fällig.

Geschlossen wurde: Mitgliedsbuch Nr. 5.094.967, lautend auf den Metallarbeiter Max Schöbel, geb. am 12. August 1889 zu Glasbach. (Stadofst.)

Reisende Mitglieder können nur in den im Dreifachverhältnis mit 1 bezeichneten Verwaltungstellen Reisegeld erhalten. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstätten durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Zur Beachtung! Zugun ist fernzuhalten:

von Metallarbeitern nach Goswig bei Meissen (Aluminium- und Amos) D. R. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in St. St. = Streit; M. = Maßregelung; M. = Mißstände; A. = Aussperren. Aufträge auf Verlangung von Sperrern müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausdrücklich begründet sein.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Stuttgart, Rotebühlstraße 16